schlagloch

1H9458F | Ausgabe Herbst 2001

www.jungdemokratinnen.de

radikaldemokratische zeitung der jungdemokratInnen-junge linke nrw

Inhalt

Schwerpunkt Antirassismus
- Mein System kennt keine Grenzen
- Wegsperren und Aushungern
- Flüchtlinge hier geblieben!
- Demo in Neuss am 25.11.
- Festung Europa
- Weg mit der Abschiebehaft
- Asylrecht ist Glückssache
- Flüchtlinge hier geblieben!



Rechtlos ohne Papiere

Wie aus Menschen „Illegale" gemacht werden

Immer, wenn über Einwanderung und Asyl öffentlich diskutiert wird, wenn die Zahl der in Deutschland lebenden oder nach Deutschland kommenden Nicht-Deutschen wieder mal für zu hoch befunden wird und (fast) alle Parteien sich gegenseitig darin überbieten, eine noch perfektere Abschottung der Grenzen zu fordern, müssen sie als Feindbild herhalten: die sog. „Illegalen" - Menschen, die ohne gültige Aufenthalts-und Einreisepapiere in der BRD leben und nun dazu verdammt sind, ihr Leben am Rande der Gesellschaft zu fristen.

Von Politik und Öffentlichkeit werden sie stets als Objekte wahrgenommen und durch rassistische Zuschreibungen zu „kriminellen Fremden" gemacht, die die Sicherheit der Einheimischen bedrohten. In den Grenzregionen, wie z.B. an der Oder-Neiße-Grenze, wird durch Hetzkampagnen die Angst vor den „Illegalen" geschürt. Immer öfter machen sich auch die BürgerInnen selbst in Form von Bürgerwehren zu „JagdhelferInnen" des Bundesgrenzschutz bei der Jagd nach illegal Einreisenden.

Dass tausende Menschen seit der Änderung des Asylrechts und dem Inkrafttreten des Schengener Abkommens von 1995, welches den Startschuss für eine rigide Abschottungspolitik der EU gab, de facto keine Chance mehr haben, auf legalem Wege in die BRD einzureisen, spielt im öffentlichen Diskurs über die „Illegalen" keine Rolle. (*Eine lange Liste von sicheren Herkunftsländern, in denen es nach offizieller Lesart angeblich keine Verfolgung und somit auch keine Fluchtgründe gibt, sowie die Drittstaatenregelung, die es ermöglicht, MigrantInnen sofort in einen sicheren Drittstaat abzuschieben, wenn sie über diesen eingereist sind, führt neben zahlreichen anderen Abschottungsmaßnahmen dazu, dass sie EU-Außengrenzen mittlerweile eine auf legalem Wege nicht zu erklimmende Festung für Flüchtlinge, AsylbewerberInnen und MigrantInnen geworden sind.)*

Ohne Pass, den Brecht zynisch den „edelsten Teil des Menschen" nannte, fehlt den illegalen EinwanderInnen jeglicher rechtlicher Status. Ohne Aufenthaltsgenehmigung zu leben, bedeutet, das Existenzrecht in dem betreffenden Staat zu verlieren. Die betroffenen MigrantInnen sind nicht illegal - denn wie könnte ein Mensch illegal sein? Sie sind auch keine Kriminellen, denn außer ihrer Existenz auf einem Territorium, auf dem sie nicht erwünscht sind, haben sie nichts verbrochen. Wer ohne Papiere in Deutschland lebt, wird vom Staat illegalisiert, indem die Daseinsberechtigung quasi an den Besitz einer gültigen Aufenthaltsgenehmigung geknüpft wird.

Die Lebensbedingungen von illegalisierten MigrantInnen sind durch umfassende Rechtlosigkeit, eine prekäre soziale Situation, ständige Angst vor Kontrollen und einen dadurch bedingten regelrechten Überlebenskampf geprägt. In der Öffentlichkeit sind sie - da juristisch nicht existent - nicht als Subjekte erkennbar, ihre miserablen Lebensverhältnisse kein Thema. Die Rechtlosigkeit der Illegalisierten wird an vielen Aspekten des Alltags deutlich: Da kann ein Mensch nicht zum Arzt gehen, weil er ihn selbst, mangels gesicherter Arbeitsmöglichkeiten, nicht



bezahlen kann und für eine Kostenübernahme durch das Sozialamt seine Daten an die Ausländerbehörde übermittelt werden müssten. Die Folge wäre: Abschiebung. Auch haben Illegalisierte keine Möglichkeit gegen Ausbeutung, Mietwucher oder illegale Lohnkürzungen zu protestieren, da ihnen, sobald sie öffentlich als „illegalisiert" erkennbar werden, die Abschiebung droht. Sich illegal in der BRD aufhaltende Menschen können weder ein Zimmer noch eine Wohnung auf legalem Wege anmieten. Sie sind auf die Hilfe von Verwandten angewiesen, die ihnen ein Zimmer untervermieten oder sie für eine bestimmte Zeit bei sich wohnen lassen. Ein Leben mit häufig wechselnden Wohnorten ist die Folge – immer verbunden mit der Gefahr z.B. bei einer Polizeikontrolle entdeckt zu werden. Da Illegalisierte weder eine Arbeitsgenehmigung erhalten können, noch Anspruch auf existenzsichernde Sozialleistungen wie Sozialhilfe haben, müssen sie sich mit Schwarzarbeit oder „Überlebensdiebstählen" über Wasser halten, was sie wieder zu Kriminellen abstempelt. Wer sich weigert, diese illegalen Wege zu gehen oder wie viele Familienväter es aus Angst vor Razzien vorzieht, keine illegalen Arbeitsverhältnisse einzugehen, ernährt sich aus den Abfallcontainern der Supermärkte.

Viele illegal Beschäftigte, sind ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen (z.B. im Baugewerbe, der Reinigungsbranche oder viele Frauen im Sexgewerbe) ausgesetzt, denen sie sich auf Grund ihrer Zwangslage und finanziellen Abhängigkeit nicht widersetzen können. Untertarifliche Niedriglöhne, Knebelverträge und überlange Arbeitszeiten sind die Regel. Die Gewerkschaften kümmert das gemeinhin wenig, sie sehen die MigrantInnen häufig als illegale Konkurrenz für die Deutsche. Ohne Anspruch auf Gesundheitsversorgung sind illegalisierte MigrantInnen auf Ärzte angewiesen, die sie kostenlos behandeln (z.B. Ärzte der medizinischen Flüchtlingshilfe, die in immer mehr Städten als Unterstützungseinrichtung für illegalisierte MigrantInnen entsteht). Selbst wer sich in akuten Notfällen ins Krankenhaus begibt, geht das Risiko ein registriert und abgeschoben zu werden. Kinder von illegalisierten Familien haben häufig keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen (und natürlich erst recht keine Chance auf Aus- oder Weiterbildung), da in vielen Bundesländern ein „geregelter Aufenthalt" Vorraussetzung für den Schulbesuch ist (dies obwohl laut UNO-Kinderrechtskonvention ***alle*** Kinder bis zum 16. Lebensjahr das Recht auf Schulbesuch haben).

Neben prekären und rechtlosen Lebensverhältnissen macht den Illegalisierten vor allem die ständige Angst vor Entdeckung und damit verbundener Verhaftung und Abschiebung zu schaffen. Diese Angst ist in einer rassistischen Kontrollgesellschaft, wie sie in der BRD in den letzten Jahren entstanden ist, allgegenwärtig. Jeder Schritt in der Öffentlichkeit kann angesichts eine umfassenden und automatisierten Kontrolle von MigrantInnen zur Entdeckung führen.

Die Zahl der illegalisierten MigrantInnen in der BRD wird auf mehrere 100.000 geschätzt, manche Schätzungen gehen von einer etwa 1 Millionen Menschen aus. Illegalisiert wird nicht nur, wer illegal in die BRD einreist, sondern auch Flüchtlinge und AsylbewerberInnen, die einer drohenden Abschiebung *(in Krieg, Armut und Verfolgung)* durch Untertauchen zu entgehen versuchen.

Da viele aus Angst vor Entdeckung unauffällig ihr Leben in oft elenden Verhältnissen fristen, haben es Illegalisierte noch schwerer als andere MigrantInnen in der Öffentlichkeit gemeinsam ihre Stimme zu erheben, um auf ihre prekäre Situation aufmerksam zu machen und sich der staatlich organisierten Marginalisierung zu widersetzen. Erst in letzter Zeit entstanden Selbstorganisationen von Illegalisierten und Netzwerke wie „Kein Mensch ist illegal", die gemeinsam zum Widerstand gegen die Illegalisierung der Migration aufrufen, die Millionen von in der EU lebenden Menschen zu rechtlosen Objekten von Ausgrenzung und Ausbeutung macht.

Illegalisierung ist ein staatlich gewollter Prozess, ebenso wie die Stigmatisierung der Betroffenen als „kriminelle Ausländer". Dadurch wird Rassismus staatlich erzeugt und gefördert! Diesem staatlichen Rassismus mit verheerenden Folgen für die Betroffenen, kann nur die Forderung nach Offenen Grenzen und Gleichen Rechten für alle unabhängig von ihrer Herkunft entgegengesetzt werden.



Die Texte auf dieser und den nächsten beiden Seiten könnt Ihr als Flugblätter bei uns bestellen. Nutzt dazu den Coupon auf der letzten Seite.

Mein System kennt keine Grenzen – Grenzen auf für Alle!

Antirassistische Kampagne der JungdemokratInnen/Junge Linke NRW im Herbst 2001

„Mein System kennt keine Grenzen! – Grenzen auf für Alle!" ist das Motto unser antirassistischen Kampagne im Herbst 2001, die wir Euch in diesem Schlagloch vorstellen möchten. Seit dem 28. September versuchen wir mit zahlreichen, bunten Aktionen (vom Infostand bis zur Demo), Veranstaltungen und vielen interessanten Kampagnenmaterialien (z.B. einer eigenen Flugblattreihe und einem Kampagnenplakat), in die laufende Debatte um Einwanderung einzugreifen.
Gerade jetzt nach den Anschlägen in den USA verschärft sich die Diskussion um Einwanderung wieder. Anstatt über Ursachen von internationalen Konflikten nachzudenken, werden pauschal Menschen anderer Hautfarbe und Religion unter den Verdacht des Terrorismus gestellt. Die ersten Anschläge auf moslemische Einrichtungen hat es aufgrund der veränderten Stimmung schon gegeben. Unterstützt werden solche rassistischen Vorverurteilungen von PolitikerInnen, die sich nach den Anschlägen sofort dafür ausgesprochen haben, Einwanderung nach Deutschland und Europa noch weiter zu begrenzen. Dabei sorgt eine weitere Abschottung des reichen Westens nicht für mehr Sicherheit, vielmehr werden dadurch vorhandene Differenzen verstärkt und weitere Konflikte geschürt.

Diesem Diskurs stellen wir unsere Forderungen nach offenen Grenzen für Alle, nach Abschaffung der rassistischen Sondergesetze für Flüchtlinge und nach mehr Rechten von MigrantInnen entgegen. Nur gleiche Rechte für alle Menschen können helfen, Konflikte zu beheben.

Die Kampagne sind wir alle!

Die Kampagne lebt natürlich davon, dass viele Leute sich daran beteiligen. Wie, das kann ganz unterschiedlich aussehen. Du kannst in deiner Stadt Flugblätter oder diese Schlagloch-Ausgabe verteilen, einen Infostand machen oder gleich eine spannende Veranstaltung organisieren... Wenn es in Deiner Stadt noch keine aktive Gruppe der JD/JL gibt, helfen wir Dir natürlich auch gerne etwas zur Kampagne auf die Beine zu stellen, z.B. bieten wir „fertige" Veranstaltungen zu verschiedenen Themen der Kampagne an. Auch bei der Pressearbeit und anderem Organisierungskram helfen wir gerne. Flugblätter und Materialien kannst Du in der Landesgeschäftsstelle bestellen. Natürlich besuchen wir Dich (und deine FreundInnen?!) auch gerne und stellen zusammen eine tolle Aktion auf die Beine - Anregungen dazu gibt's bei uns, melde Dich einfach und wir schauen, was sich gemeinsam machen lässt.

Wegsperren und Aushungern

Über ein Stück staatlichen Rassismus

Seit Beginn der 90er Jahre versucht die Bundesrepublik durch eine Reihe von Maßnahmen, Flüchtlinge von Deutschland fernzuhalten. Die Chance Asyl zu beantragen ist in Deutschland minimal. Daneben ist das Asylbewerberleistungsgesetzes ein weiterer Schritt, möglichst viele Flüchtlinge von der Einreise nach Deutschland abzuschrecken. Die Lebensbedingungen der "Leistungsberechtigten" sind aufgrund dieser gesetzlichen Regelung so schlecht, dass einerseits die schon hier lebenden Flüchtlinge durch unzureichende Versorgung zur Ausreise bewegt und andererseits von vornherein weitere Flüchtlinge abgeschreckt werden sollen.

"LEISTUNGS"-BERECHTIGTE

Vom Asylbewerberleistungsgesetz sind nicht nur AsylbewerberInnen betroffen. Zu den "Leistungsberechtigten" gehören auch Bürgerkriegsflüchtlinge, AusländerInnen, deren Abschiebung bevorsteht, und Menschen, die in Deutschland lediglich "geduldet" sind. Das heißt gleichzeitig, dass diese Menschen von der Sozialhilfe ausgeschlossen sind. Dies bedeutet eine weitere Diskriminierung jener Menschen, die vor Verfolgung und Not hierher geflohen sind. Anspruch besteht allerdings nur bei "finanzieller Not". Bevor Leistungen in Anspruch genommen werden können, muss alles möglicherweise vorhandene Privatvermögen aufgebraucht werden.

LEBEN AM RANDE DER GESELLSCHAFT

Die "Leistungen" des Asylbewerberleistungsgesetzes sind geringer als die Sozialhilfe, die bereits an einem "Existenzminimum" orientiert ist. Damit gibt es in Deutschland zwei Existenzminima, eines für Deutsche und eines für MigrantInnen, das wie selbstverständlich niedriger ist. Die den Flüchtlingen gewährten Leistungen entsprechen zur Zeit 75% des "deutschen" Existenzminimums. Erst nach drei Jahren erhalten MigrantInnen dann die „deutsche"Sozialhilfe.
Das Sachleistungsprinzip ist ein wichtiger Bestandteil des Asylbewerberleistungsgesetzes . Demnach wird "(...) Der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts (...) durch Sachleistungen gedeckt.". Statt den betroffenen Menschen Geld zur Verfügung zu stellen, mit dem sie ihr Leben selbst organisieren könnten, werden sie nicht in Wohnungen sondern in Sammelunterkünften untergebracht, müssen sich in caritativen Altkleider-Kammern einkleiden. Essen bekommen sie entweder in Paketform "zugewiesen" oder müssen mit Gutscheinen "einkaufen" – meist zu völlig überhöhten Preisen für schlechte Qualität (z.B. Milchprodukte kurz vor dem Verfallsdatum). Auch können sie selten für sie gewohnte Lebensmittel kaufen. Das bedeutet Einschränkungen des Persönlichkeitsrechts und einen Angriff auf die Menschenwürde. Zudem sind die Essenspakete, die die Flüchtlinge erhalten, oft minderwertig oder bereits vergammelt. Zwar können die Kommunen auch Geld an die "Leistungsberechtigten" auszahlen; davon machen jedoch die wenigsten Gebrauch.



Laut Asylbewerberleistungsgesetz erhalten alle Flüchtlinge bis 14 Jahre 40 DM Taschengeld im Monat, ab 14 Jahre erhalten sie 80 DM. Bei den heutigen Preisen für den Öffentlichen Nahverkehr, Kino, Theater, Kneipe, Zigaretten, Telefon etc., wird somit eine Integration in das soziale und kulturelle Leben der Gesellschaft unmöglich gemacht. Das grundsätzliche Arbeitsverbot für AsylberwerberInnen ist zwar inzwischen aufgehoben worden. Nach dem Prinzip "Arbeit zuerst für Deutsche!" werden jedoch Arbeitserlaubnisse für AsylbewerberInnen fast immer verweigert. Dies gilt vor allem für niedrig qualifizierte Jobs, die gerade für diese Menschen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt bedeuten könnten. Illegale Arbeit zu Hungerlöhnen ist oft der einzige Ausweg überhaupt an Geld zu kommen.

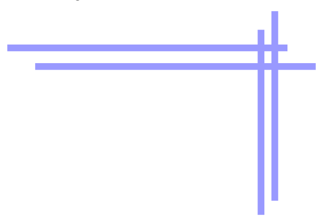
LEISTUNGSEINSCHRÄNKUNGEN

Das ohnehin lächerlich geringe Taschengeld kann unter bestimmten Bedingungen auch noch gekürzt werden, nämlich im Falle des Verdachts, der "prägende Einreisegrund" sei der Bezug von Gütern durch das Asylbewerberleistungsgesetz gewesen, oder wenn sie sich weigern unterstützend bei ihrer eigenen Abschiebung mitzuwirken. Hier atmet das rassistische Vorurteil des "Asylbetrugs" durch das Gesetz. Außerdem können die Leistungen sogar vollständig eingestellt werden. Etwa, wenn AsylberwerberInnen sich weigern, sogenannte "gemeinnützige" Arbeiten (meist die Aufrechterhaltung der Sammellager) gegen ein lächerliches Entgelt von 2 DM/Stunde zu verrichten.

KRANKENVERSORGUNG

Krankenversorgung erhalten die "Leistungsberechtigten" nur im Falle von "akuter Erkrankung" oder bei Schmerzzuständen. Zahnersatz erhalten sie beispielsweise nur, wenn es "aus medizinischer Sicht unaufschiebbar" ist. Dies öffnet der Willkür von ÄrztInnen Tür und Tor. Oft erhalten Flüchtlinge Leistungen erst, wenn sie offensichtlich unter quälenden Schmerzen leiden. Brillen, Hörgeräte, Rollstühle usw. werden trotz Anspruch darauf oft nicht bewilligt und müssen eingeklagt werden.

Dass dieses Gesetz Bestandteil einer durch und durch rassistischen Politik ist zeigt sich zusätzlich durch die Tatsache, dass all diese Regelungen noch nicht einmal zu Einsparungen beim deutschen Staat führen (und das wäre natürlich auch keine Entschuldigung gewesen). So hat eine Untersuchung in Duisburg gezeigt, dass die Unterbringung in leerstehenden Wohnungen für die Stadt günstiger wäre als die Unterbringung in Sammelunterkünften.
Die Flüchtlinge werden durch all diese Maßnahmen von der Gesellschaft isoliert. Sie leben hier unter unwürdigen Bedingungen, aus einer Position der sozialen Diskriminierung werden sie praktisch dazu gezwungen, sich auf illegale Weise Geld zu beschaffen oder Straftaten/

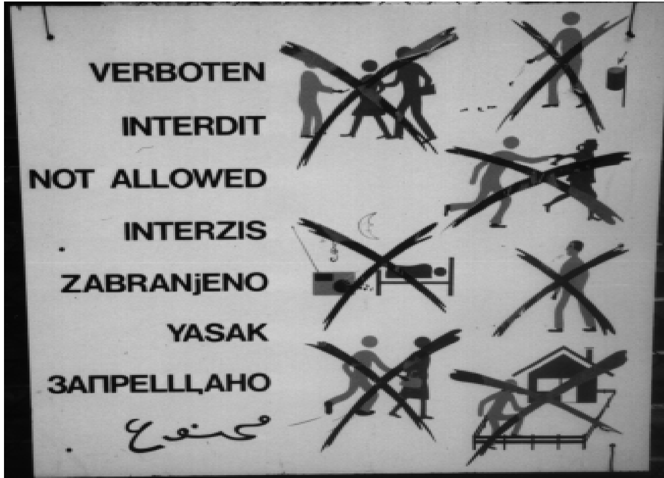


Flüchtlinge hier geblieben!

Die Residenzpflicht

Sollte es ein Flüchtling fertig bringen, vorbei an den bis an die Zähne bewaffneten Grenztruppen einen Schritt auf deutschen Boden zu setzen, und sollte es sich dann auch noch als unmöglich herausstellen, ihn sofort wieder zurückzuschieben, bekommt er die deutsche Gastfreundschaft gleich in Form der Residenzpflicht vor die Füße geknallt.

Die Residenzpflicht verdammt jedeN, der oder die es gerade geschafft hat in der BRD einen Asylantrag zu stellen, dazu sich in dem Bezirk aufzuhalten, in den man sie/ihn verfrachtet hat (in NRW sind dies die Regierungsbezirke). Während ihrer Asylverfahren (die sich über mehrere Jahre hinziehen können) sind die Flüchtlinge dazu verpflichtet, sich nicht etwa in den Landes- oder Bundesgrenzen, sondern innerhalb des Bezirks der zuständigen Ausländerbehörde aufzuhalten. Um diesen Bezirk auf legalem Weg verlassen zu können, muss der/die Betroffene eine Erlaubnis bei den Bezirksbehörden einholen, die mit einer Gebühr von ca.15 DM verbunden ist. Schon aus dem Verhältnis dieser Summe zum monatlichen "Taschengeld" von 80 DM, über das die Asylsuchenden verfügen können, ergibt sich, dass es kaum öfter als einmal im Monat möglich ist, eine solche Erlaubnis zu beantragen. Üblich ist auch, dass von behördlicher Seite eine Erlaubnis nur einmal monatlich erteilt wird. Ansonsten heißt es für das Amtspersonal die Phantasie spielen zu lassen, um das Reiseverbot zu rechtfertigen.



Als plausible Antragsgründe gelten von vorne herein nur religiöse Aktivitäten, solange sie dem Flüchtling „Halt geben", sowie Familien und Freundesbesuche unter der Vorlage der jeweiligen Adressen. Ämter- und Gerichtsbesuche dürfen sogar ohne vorherige Beantragung wahrgenommen werden. Allerdings sind auch diese Termine den Aufnahmeeinrichtungen und dem Bundesamt mitzuteilen. Zweck dieser Regelung ist einzig und allein, die Flüchtlinge besser überwachen und „verwalten" zu können. Es geht aber auch um Abschreckung: Es soll ein deutliches Signal an Flüchtlinge gesetzt werden, dass sie in Deutschland nicht erwünscht sind.

Zur Begründung der Residenzpflicht heißt es, die Freizügigkeit der Flüchtlinge gefährde „bei Sozialhilfebezug die Verteilung der öffentlichen Lasten". An dieser Stelle wird also der diskriminierende Charakter des Residenzpflicht deutlich. Denn sonst müsste auch allen Sozialhilfe-empfängerInnen mit deutschem Pass die Fahrt in die nächste Stadt verwehrt und die freie Wahl des Wohnorts eingeschränkt werden. Einher mit der gesetzlichen Verankerung der Residenzpflicht 1981 ging eine Reihe weiterer ähnlicher Regelungen, die z.B. die Unterbringung der AsylbewerberInnen in Sammelunterkünften regelt und so die Bewegungsfreiheit weiter einschränkt.

Hier zeigt sich, welcher Aufwand betrieben wird, um politische Aktivitäten oder Selbsthilfe der Flüchtlinge in jegliche Form zu unterdrücken. Eine weitere Konsequenz für die Betroffenen besteht darin, dass ihnen über Jahre hinweg eine eigenständige Lebensplanung verwehrt wird. Politische Tätigkeit wird gezielt unterbunden und kriminalisiert. So gab es im Mai 2001 die „Residenzpflichttage" in Berlin, wo Selbstorganisationen von AsylbewerberInnen ihren Protest in die Öffentlichkeit tragen wollten. Für diese Tage wurden generell keine Reiseerlaubnisse erteilt. Den AsylbewerberInnen wird so unmöglich gemacht, das Recht auf Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und Redefreiheit wahrzunehmen.
Die Behörden tun alles um die Flüchtlinge am Ort in den Sammelunterkünften festzuhalten. Die unklaren, dehnbaren Regelungen ermöglichen Hausmeistern und privaten Sicherheitsdiensten, die in irgendeiner Weise in und an den Sammelunterkünften arbeiten, durch legale Praktiken die Bewegungsfreiheit der AsylbewerberInnen weiter einzuschränken, bzw. die Möglichkeit an der Teilhabe am öffentlichen Leben zu reduzieren. Das Kontroll- und Maßregelpotential, welches Ämtern und Behörden gegeben ist, ermöglicht es Hausmeistern, sich als Hilfssheriffs von Ausländerbehörden und Sozialämtern zu betätigen. So führte zum Beispiel das Erstellen von Anwesenheitslisten bei Abwesenheit von nur 2 Tagen zu Kürzungen von Sozialleistungen oder dem Verlust der Unterkunft. Mancherorts sind Sozialämter bereits dazu übergegangen die um mehr als 25% gegenüber dem Existenzminimum gekürzten Sozialleistungen wöchentlich auszuzahlen, um die AsylbewerberInnen zum Aufenthalt in den Lagern zu zwingen. Auch bei der Unterdrückung von politischer Tätigkeit hilft der Bürger gerne mal nach. Es sind Fälle bekannt, in denen HausmeisterInnen die private Post der LagerbewohnerInnen nur sehr unregelmäßig oder auch nur einmal wöchentlich aushändigen.

So ergibt sich ein klarer Zusammenhang von staatlicher rassistischer, diskriminierender Politik und dem Rassismus des „kleinen Manns von der Straße". In seiner Logik geht das so: Wenn der Staat schon eine Menschengruppe wie Kriminelle behandelt, dann muss da doch was dran sein. So fühlen sie sich dann in ihrem eigenen Rassismus wieder bestätigt. Dass der Staat den „kriminellen Ausländer" durch seine Gesetzgebung erst erschafft, kommt ihnen dabei nicht in den Sinn.

Der Protest von Antirassistischen Gruppen und Selbstorganisationen von MigrantInnen wie 'the VOICE' und 'Die Karawane' für die Beseitigung dieser Regelung wird stärker. Trotzdem gab es Überlegungen, die Residenzpflicht auf weitere Gruppen, z.B. „geduldete" Bürgerkriegsflüchtlinge, zu übertragen. Ausgerechnet Rot-Grün regierte Bundesländer, nämlich Hamburg und Nordrhein-Westfalen, haben im Frühjahr einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, mit dem die Rechte der AsylbewerberInnen weiter beschnitten werden sollen. Die Residenzpflicht ist einzigartig in Europa. Statt sie abzuschaffen soll sie auf weitere Gruppen ausgeweitet werden.

Weg mit der Abschiebehaft!

Seit Beginn der 90er Jahre versucht die Bundesrepublik durch eine Reihe von neuen gesetzlichen Regelungen, das Recht auf Asyl zu untergraben. Mittlerweile ist die Chance, einen Antrag auf Bleiberecht in der BRD gestattet zu bekommen, minimal. Wer es dennoch versucht, ohne die notwendigen Papiere als sogenannte/r 'Illegale/r' über die deutsche Grenze zu gelingen, muss mit monatelanger Abschiebehaft unter schlechtesten Bedingungen rechnen. Ebenso ergeht es Menschen, die auch nur den 'begründeten Verdacht' erwecken, sich einer geplanten Abschiebung widersetzen zu wollen.

Abschiebe-Haftalltag in Deutschland

In der BRD sind seit 1996 durchschnittlich ca. 1.957 MigrantInnen unter schlechtesten Bedingungen inhaftiert. Viele der Abschiebeknäste sind überfüllt, so dass die Insassen auf engstem Raum zusammen leben müssen. So wurden z.B. die Einzelzellen des Frauenabschiebeknastes in Neuss doppelt belegt. Die sanitären Anlagen befinden sich oft in den Zellen selbst, was zur weiteren Einengung des Lebensraumes beiträgt. Außerdem ist die medizinische Versorgung oft unzureichend.

Auch auf ausreichende Bekleidung wird von den Behörden keine Rücksicht genommen. So besitzen z.B. manche Flüchtlinge, die erst seit dem Sommer in Deutschland sind, bei ihrer Verhaftung noch keine warme, wintertaugliche Kleidung. Auch von der Caritas werden die Inhaftierten nicht mit warmen Kleidungsstücken versorgt, da die Gefängnisleitung dies in vielen Fällen nicht zulässt.

Besuche sind zweimal im Monat für jeweils eine halbe Stunde erlaubt. Diese Zeit ist für die Vorbereitung auf die Abschiebung und den Abschied von FreundInnen und Verwandten lächerlich kurz. Auch lebensnotwendige Telefonate aus der Haftanstalt zu führen, stellt oft ein großes Problem dar, da nur eine bestimmte Anzahl von Einheiten pro Person genehmigt ist und diese auch oft noch selbst bezahlt werden müssen.

Selbstfinanzierung der Haft

Bei der Inhaftierung ziehen die Behörden Geld der Gefangenen ein, denn nach Paragraph 82 des Ausländergesetzes "hat der Ausländer die durch seine Abschiebung entstehenden Kosten selbst zu tragen". Ein Nigerianer hatte z.B. mehrere Jahre während seines Asylverfahren gearbeitet und ca. 7.000 DM gespart. Ihm wurden die Kosten für die Abschiebung (was die Kosten für Haft, Flug, diverse Transporte, Passbeschaffung bei der Botschaft, Personal(!) und Tagegelder beinhaltet) in Rechnung gestellt. Der Gesamtbetrag belief sich fast auf 5.000 DM, die er sofort und ohne jegliche Frist zu zahlen hatte. Die meisten Flüchtlinge haben jedoch (bis auf 300 DM, die ihnen von Rechts wegen nicht weggenommen werden dürfen) überhaupt kein Geld mehr und stehen so völlig mittellos da.

Rechte? So gut wie keine

Die Haftdauer beträgt in der Regel drei Monate, kann aber verlängert werden auf höchsten Falls achtzehn Monate. Für den Rechtsschutz sind in NRW zwar öffentliche Gelder bereitgestellt worden. Es fehlen aber DolmetscherInnen, welche die inhaftierten Flüchtlinge selber bezahlen müssen. Zur 'Disziplinierung' von Gefangenen werden Arreststrafen verhängt, d.h. bis zu vier Wochen Leben in totaler Isolation, ohne Radio, Zeitung, Fernsehen, Bücher, Telephon und ohne Kontakte zu Mithäftlingen. Das Schlimmste für die Gefangenen ist aber die Unsicherheit, warum und wie lange sie in Haft bleiben müssen, und die Angst vor der Abschiebung. Sie werden oft völlig im Unklaren gelassen, was den Verlauf ihres Asylverfahrens angeht, und nicht rechtzeitig über die eventuelle Abschiebung informiert. Dies geschieht teils aus Nachlässigkeit der Behörden, oft aber auch, um Aufstände in den Gefängnissen zu vermeiden. Oft empfinden sie Scham; sie trauen sich nicht, ihren Angehörigen zu sagen, dass sie in einem Gefängnis sitzen. Diese Belastung hat schwerwiegende psychische Folgen für die Betroffenen, die nicht selten zu Selbstmord führen.



Festung Europa

Abschiebeknäste sind Produkt einer Politik, die seit über zehn Jahre auf ein immer weitere Abschottung Europas von den so genannten Peripherien zusteuert. Kernpunkt dieser Abschottungspolitik ist die 'sichere Drittstaaten'-Regelung des 'Asylkompromisses'. Flüchtlinge, die die Bundesrepublik über einen so genannten 'sicheren Drittstaat' erreichen, können demnach kein Asyl mehr erhalten. Da die BRD lückenlos von sicheren Drittstaaten umgeben ist, kommt dies einer faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl gleich. Der Wunsch, in die Bundesrepublik einzureisen, wird zum Verbrechen. Diejenigen, die verfolgten Menschen auf der Flucht bzw. bei der Einreise helfen (und demzufolge zu Zeiten, als der Feind noch Kommunismus hieß, Fluchthelferinnen hießen und großes Ansehen genossen), werden heutzutage als Schlepper oder Schleuser direkt mit kriminalisiert.

Im Rahmen EU korrespondiert die Drittstaatenregelung mit dem Dubliner Übereinkommen von 1991, in dem festgelegt wurde, welcher EU-Staat für welche Flüchtlinge zuständig ist. In der Regel gilt, dass ein Asylantrag in dem Land der Ersteinreise in die EU gestellt werden muss. Als Staat an der Ostgrenze der EU besteht für Deutschland 'Gefahr' also nur von Osten. Dementsprechend ist die Ostdeutsche Grenze ja auch mit Kontroll- und Überwachungseinheiten ausgestattet.

Festung Europa

Abschottung - Flüchtlingspolitik auf europäisch

Als einer der großen Schritte hin zur europäischen Einheit gilt vielen das „Schengener Abkommen". Mit ihm wurde vereinbart, die früher allgemein üblichen Kontrollen an den Grenzen zwischen den EU-Staaten (Binnen-Grenzen) abzuschaffen. Weit weniger im öffentlichen Licht stehen die „Ausgleichsmaßnahmen", die den weitaus größten Teil des Abkommens ausmachen. Sie lassen sich auf eine Formel bringen: Abschottung nach außen, massive Überwachung und Erfassung insbesondere von Flüchtlingen in „Schengenland".

Abschottung nach Außen

Um zu sehen, was „Abschottung nach Außen" heißt, muß man nur mal einen Blick auf die deutsche Ostgrenze werfen: Hier sollen ca. 6300 Bundesgrenzschutz (BGS)-Beamte, dazu noch Tausende PolizistInnen, Zollbeamte und Soldaten der Bundeswehr dafür sorgen, dass niemand illegal in die BRD „eindringen" kann. Diese quasi paramilitärischen Einheiten sind mit modernster Überwachungstechnologie ausgerüstet. Es werden verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen von diesen GrenzschützerInnen durchgeführt. Zu diesem Zweck dürfen sie bis zu 30 km ins Landesinnere eindringen. Um GrenzgängerInnen (die nicht deutsch genug aussehen) kontrollieren zu können, besteht eine ständige Verbindung zum Schengener Informationssystem SIS.

Das SIS

Das SIS ist ein Computersystem zur Fahndung nach Personen und Sachen. Hier werden Daten über verdächtige StraftäterInnen, abgelehnte AsylbewerberInnen und unerwünschte AusländerInnen gespeichert. Alle nationalen Verbindungsstellen können hier jederzeit Daten hinschicken und abrufen. Am fleißigsten sind hier wie selbstverständlich die deutschen GrenzschützerInnen.

Schleierfahndung nach Innen

Zugriff auf das SIS wird jedoch nicht nur von den Außengrenzen genommen. Auch die Binnengrenzen werden weiterhin massiv überwacht. Die Basis dieser Überwachung ist der rassistisch gefärbte Blick der KontrollbeamtInnen (meist BGS). Bei Autokontrollen im Hinterland der Grenzen, auf Bahnhöfen und an Flughäfen werden Menschen nach ihrem Äußeren herausgepickt. JedeR, der/die nicht dem mitteleuropäischen Durchschnitt entspricht, wird zur/zum potenziellen „illegalen" AusländerIn, AutoschieberIn, DrogendealerIn, usw..

Das Hauptmotiv

Oft werden diese Maßnahmen als notwendig für die Bekämpfung der so genannten „Organisierten Kriminalität" hingestellt, in diesem Zusammenhang v.a.. der „Schleuserkriminalität". Sterben Flüchtlinge bei dem Versuch, die Außengrenzen zu überschreiten, werden nur noch härtere Abschottungsmassnahmen gefordert. Die Politik versucht hier auf Kosten von Flüchtlingen, ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, die sie z.B. in der Wirtschafts- und Sozialpolitik mehr und mehr aus der Hand gibt.



„One chance only"

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Schengener Abkommens ist das „one chance only"-Prinzip. Dies bedeutet, dass jedeR AsylbewerberIn in Schengenland nur einen Antrag stellen darf. Wird ein nigerianischer Flüchtling z.B in Deutschland abgelehnt (was sehr wahrscheinlich ist), kann er oder sie keinen zweiten Antrag etwa in Belgien stellen. Wenn er oder sie bei der Einreise ins Fahndungsnetz gerät und die entsprechenden Daten beim SIS abgefragt werden, ist die Abschiebeverfügung praktisch schon unterschrieben.

Dies zeigt: Die EU will sich gegen die Armut, die sie mit ihrer Wirtschaftspolitik im Süden und Osten produziert, abschotten. Nach dem Motto: Armut läßt sich im Kapitalismus nicht beseitigen, aber mit den Armen kann man es ja mal versuchen.

Verschiebung der Grenzen

Durch Verträge mit den angrenzenden Staaten im Osten und Südosten versucht insbesondere die BRD, die Mauer um Europa noch weiter zu verschieben. Durch ökonomischen Druck werden Staaten wie Polen und Ungarn gezwungen, Flüchtlinge, die über ihr Land eingereist sind, zurück zu nehmen. Hierdurch sind diese Staaten ebenfalls dazu gezwungen, ihre Grenzen gegen Flüchtlinge dichtzumachen, da sie selbst nicht wie die BRD reich genug sind, diese aufzunehmen.

Die Politik des „Containment"

„Containment" heißt Eindämmung: Flüchtlings- und Migrationsströme sollen eingedämmt werden. Das bedeutet, die Auswanderung nach EU-Europa schon an ihrem Entstehungsort zu verhindern oder den Weg in die EU zu erschweren. Hierzu gehören auch die oben schon erwähnten Rückübernahmeabkommen. Es gibt aber noch andere Mittel: So schickte Belgien PolizistInnen nach Bosnien-Herzegowina, um das Land bei der Bekämpfung der „Schleusung" zu „unterstützen". Während des Kosovokrieges wurden Flüchtlinge in Auffanglagern nahe der Grenze interniert. Im Westen der Türkei soll ein Auffanglager für Flüchtlinge aus dem Irak und Iran errichtet werden. Und der damalige britische Innenminister Jack Straw war sich nicht zu schade, folgende Forderung aufzustellen: In den Hauptherkunftsstaaten politisch Verfolgter sollten ebenfalls solche Lager errichtet werden, wo diese dann direkt ihre Anträge stellen können. Bei Abweisung können diese dann direkt an die Sicherheitskräfte vor Ort übergeben werden.

Aushöhlen des Asyl- und Flüchtlingsrechts

In diesen Bereich gehören alle Vorhaben, die das Asylverfahren „straffen" wollen, und auch oben erwähntes „one chance only" -Prinzip. Hierzu gehören aber auch die Konstruktion der „sicheren Herkunftsstaaten" bzw. „sicheren Drittstaaten". Reisen AsylbewerberInnen aus oder über einen dieser Staaten ein, gilt ihr Asylantrag direkt als „offensichtlich unbegründet". Gerade bei den „sicheren Herkunftsstaaten" spielt politische Willkür eine große Rolle: So galt noch zu Beginn des Kosovo-Krieges das Kosovo als sicher Herkunftsregion.

Ein weiteres Element der Aushöhlung des Flüchtlingsrechts ist der „vorübergehende Schutz" bzw. die „Duldung": Die Flüchtlinge werden von der Gesellschaft der Aufnahmelandes fast vollständig isoliert, entrechtet, und müssen täglich mit ihrer Abschiebung rechnen. Ein Vorgehen, das die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) von 1951 eigentlich unterbinden sollte. Wenn es um Abschottung geht, tritt EU-Europa auch internationale Abkommen mit Füßen.

Asylrecht ist Glückssache



Die Geschichte vom Asylrecht

Es war einmal 1949, als in das Grundgesetz hineingeschrieben wurde: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht". Auch heute noch steht es so im Grundgesetz, jedoch hat sich bis heute vieles geändert, so dass dieser Satz keine Bedeutung mehr hat. Aufgenommen wurde der Satz, da im NS-Faschismus ca. 800.000 Deutsche in anderen Ländern Schutz suchten, viele von ihnen dort aber nicht willkommen waren und teilweise abgewiesen wurden.Bis 1965 hatte diese Bestimmung wenig Relevanz. Nun wurde ein Anerkennungsverfahren im Ausländer-Gesetz festgeschrieben. Schon damals erhielten Menschen, die in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung erhielten, in Deutschland keine Asylberechtigung.

In den 70er Jahren begannen die Flüchtlingszahlen zu steigen und ein rassistischer Diskurs fand seinen Anfang. Das erste Mal war die Rede vom "Mißbrauch" des Asylrechts. Seitdem folgten in regelmäßigen Abständen Gesetzesänderungen, die das Asylverfahren und die damit meist verbundene Abschiebung beschleunigten und die Hürden für eine Asylberechtigung höher setzten.

1978 und 1980 erfolgte die Beschleunigung durch die Einführung von Einzelentscheidern beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, sowie die Verkürzung der Rechtswege gegen ablehnende Entscheidungen. 1982 wurde das Asylverfahren in einem eigenen Gesetz, dem Asylverfahrensgesetz, geregelt. Gegen die Ablehnung von "unbeachtlichen" oder "offensichtlich unbegründeten" Asylanträgen konnte nur noch innerhalb einer Woche Klage erhoben werden und an den Verwaltungsgerichten wurde für Asylangelegenheiten der Einzelrichter eingeführt. Für die Flüchtlinge äußerte sich dies in, binnen einer Woche einen Anwalt zu bekommen und danach von einem Einzelrichter abgeurteilt zu werden.

Zur weiteren Abschreckung von Flüchtlingen wurden weitere Maßnahmen getroffen wie z.B. Lagerunterbringung, Zwang zur Teilnahme an Gemeinschaftsverpflegung, Reise- und Arbeitsverbote. Diese Abschreckungsmaßnahmen bewirkten, dass die Zahl der Flüchtlinge deutlich zu sinken begann, jedoch waren sie noch immer nicht das Ende der Angriffe auf das Asylrecht. Statt dessen trat ein offener Rassismus in den Vordergrund. So hieß es in einer Resolution vom Bundestag: Es könne nicht Sinn des Asylrechts sein "eine Dauereinwanderung von Minderheiten in andere Staaten" zu ermöglichen.

Seit 1987 werden "selbstgeschaffene Nachfluchtgründe" asylrechtlich nicht mehr beachtet. Ein Flüchtling, der sich in Deutschland politisch engagiert und deshalb im Heimatland Verfolgung zu fürchten hat, kann dies asylrechtlich nicht mehr geltend machen.

zero immigration

1993 wurde durch die Grundgesetzänderung der Anspruch auf Asyl faktisch abgeschafft. Die Hürden sind so hoch gelegt worden, dass nahezu niemand mehr in der Lage ist die Kriterien zu erfüllen. So wird ein Flüchtling, der aus einem "sicheren" Drittland einreist, in diesen wieder abgeschoben, auf dass er/sie in diesem Land ein Asylverfahren bekommt, vorausgesetzt der Flüchtling wird von diesem Land nicht in ein anderes "sicheres" Viertland abgeschoben und landet dann womöglich in dem Land, aus dem er/sie geflüchtet ist. Da Deutschland von "sicheren" Drittländern umgeben ist, muss ein Flüchtling mit dem Flugzeug oder Schiff eine höchst merkwürdige Reiseroute wählen oder den Reiseweg verschleiern, um überhaupt ein Asylverfahren zu erhalten.

Sämtliche Flüchtlinge werden erkennungsdienstlich behandelt. Die gewonnenen Daten werden in das Schengener Informationssystem eingespeist und stehen damit europaweit zur Verfügung. Dahinter steht das "One-Chance-Only"-Prinzip, das einem Flüchtling nur einen einzigen Asylantrag in der gesamten EU gewährt. AsylbewerberInnen müssen ihren Mitwirkungspflichten nachkommen - quasi bei ihrer eigenen Abschiebung mithelfen. Sie müssen sich bei den Behörden melden, den Anordnungen, persönlich bei bestimmten Stellen zu erscheinen, stets Folge leisten ,sowie den Paß und alle erforderlichen Unterlagen den Behörden aushändigen. Des weiteren müssen sie selbst die Tatsachen ihrer politischen Verfolgung darlegen. Dazu gehört auch der Wohnsitz, der Reiseweg und der Aufenthalt in anderen Staaten. Die Verletzung dieser Pflichten machen einen Asylantrag "offensichtlich unbegründet". "Offensichtlich unbegründet" abgelehnte Anträge sind zudem unanfechtbar.

In der neuen Einwanderungsdebatte sollen vor allem weitere Maßnahmen zur Abschreckung von Flüchtlingen getroffen werden, aber bis dahin heißt es für Flüchtlinge:

Wer es nach einer Flucht ohne genaues Ziel schafft, höchstwahrscheinlich illegal in Deutschland einzureisen, sich sofort bei den Behörden zu melden und detailliert seinen/ihren Fluchtweg zu schildern, sowie die politische Verfolgung zu beweisen und nicht aus einem "sicheren" Herkunftsland zu stammen, hat großes Lob verdient. In Deutschland bekommt nur dieseR Asyl.

Lieber tot als nach Hause!!!

Pech hatte Rachid Sbaai! Am 30. August 1999 wurde er im Abschiebeknast Büren für sieben Tage in die Kellerzelle gesteckt. Seine Abschiebehaft dauerte schon 6 Monate. Der psychische Druck, die ständige Angst seinen Verfolgern überliefert zu werden, war so groß, sodass er seine Matratze in Brand setzte und sich selbst entzündete. Ein Zellennachbar betätigte den Alarmknopf, um Sbaai Hilfe zu holen. Diese lies 15 Minuten auf sich warten, da das Büro, in dem das Signal ankam, nicht besetzt war. Sbaai hatte noch versucht selber das Feuer unter Kontrolle zu bekommen, verstarb jedoch im Abschiebeknast.

Bloß ein Zufall? Arumugasany Subramaniam erhängte sich mit seinen Schnürsenkeln (8.12.2000), 23.4.99 Veluppilai Balachandran, 4.1.99 Berzan Öztürk. Nur ein paar Namen von rund einem Dutzend Flüchtlingen , die sich in den vergangenen zwei Jahren umbrachten. Einzelfälle nur, weil ihre Namen bekannt wurden. Täglich fügen sich Flüchtlinge schwere Verletzungen zu aus Angst vor Abschiebung; Selbstmordversuche sind an der Tagesordnung. Nur selten wird davon öffentlich bekannt, da diese Ereignisse meist geheim gehalten werden.

Mord bei Abschiebung!!!

Pech hatte Aamir Omer Mohamed Ahmed Ageep! Am 28. Mai 1999 wurde der Sudanese bei seiner Abschiebung im Linieflug der Lufthansa LH 588 zwischen Frankfurt und München von BGS-Beamte gefesselt. Ihm wurde ein Motorradhelm aufgesetzt und sein Kopf mit Gewalt zwischen die Beine gedrückt. Solche Mittel zum Ruhigstellen der "Abschüblinge" sind beim BGS an der Tagesordnung. Als er wieder aufgerichtet werden sollte, konnte nur noch sein Tod durch ersticken festgestellt werden.

Bloß ein Zufall? Mit seinem Fall steht Ageep nicht alleine da. Bei den Abschiebungen aus der Festung Europa sind schon mehrere Menschen zu Tode gekommen. Im Jahr 2001 sind bis September 62.532 Anträge auf Asyl eingegangen, obwohl der größte Teil der AsylbewerberInnen bereits an den Grenzen ohne Antrag zurückgewiesen wird. Nur 3.201 Menschen wurden anerkannt, der Rest abgelehnt oder die Abschiebung wurde aus anderen Gründen bis auf weiteres ausgesetzt. Diese Menschen werden nun abgeschoben oder müssen zumindest mit der ständigen Angst leben bald abgeschoben zu werden. Wann der nächste Todesfall bei einer Abschiebung geschieht, bleibt zu erwarten.

In Deutschland unerwünscht!!!

Pech hatte eine Gruppe von Vietnamesen!!! Am 18. April lieferten sie sich eine Vefolgungsjagd mit dem BGS in der Nähe der tschechischen Grenze. Bei der Flucht verletzten sich einige durch Kollisionen mit Bäumen und erlitten Bisse durch BGS-Hunde. Ein junger Vietnamese fiel in einen Steinbruch und starb durch den Sturz. Ob er in Panik die Gefahr des Sturzes nicht wahrnahm oder auf der Flucht vor BGS und Hunden den Steinbruch nicht sah, bleibt ungeklärt. Die überlebenden Vietnamesen wurden nach der Festnahme direkt in die Tschechei zurückgeschoben.

Bloß ein Zufall? Mit ihrem Fall stehen die Vietnamesen nicht alleine da. Jährlich versuchen Flüchtlinge die deutsche Grenze zu überqueren. Nicht selten sind Fälle, in denen Flüchtlinge durch die Oder zu schwimmen versuchen und sich Jagden mit dem BGS leisten, wobei sie meist verletzt werden und umgehend wieder abgeschoben werden. Wie viele Menschen bei der Einreise ihr Leben verlieren ist nicht bekannt. Angesichts dieser Flut menschenunwürdiger Ereignisse scheint es kaum noch gerechtfertigt von Skandalen, Skandälchen oder persönlichen Verfehlungen Einzelner zu reden. Sie sind das Ergebnis der herrschenden Asylpolitik der letzten 15 Jahre.

Die Asylradaktion

Das Asylrad ist ein Glücksrad, bei dem mensch als Hauptgewinn Asyl bekommen kann. Das Asylrad hat 5 verschiedene Felder. Diese Felder bestimmen das Glück oder Pech des/der drehenden "AsylbewerberIn". Zu jedem Feld gibt es ein Flugblatt, auf dem ein Fallbeispiel eines/r AsylbewerberIn steht. So gibt es die Felder "Asyl", "Mord bei Abschiebung", "In Deutschland unerwünscht", "Lieber tot als nach Hause" und "Abgeschoben in Folter und Tod". Das Asylrad eignet sich für jede Antirassistische Aktion und zu jedem Infotisch, um auf die unmenschliche Abschiebepolitik Deutschlands und Europas aufmerksam zu machen.

Abgeschoben in Folter und Tod!!!

Pech hatte Hussein Daoud!!! Obwohl der Syrier seine politische Tätigkeit beweisen konnte und sich auch in Deutschland für die Rechte kurdischer Menschen in Syrien eingesetzt hat, wurde er am 10. Dezember 2000 abgeschoben. Am Flughafen wurde er vom syrischen Geheimdienst festgenommen und beim Verhör gefoltert, um Informationen über die kurdische Bewegung zu erlangen. Die Familie wurde aufgefordert Geld zu geben, da sich Daouds Gesundheitszustand verschlechtert habe. Über den letzten verbleib ist sich niemand sicher, sein Tod wird auch nie aufgeklärt werden, da es nicht im Interesse des Folterstaates liegt.

Mit seinem Fall steht Hussein Daoud nicht allein da. Weiterhin werden Menschen in Folter und Tod abgeschoben. Nur selten wird davon in der Öffentlichkeit bekannt, was an der Geheimhaltung der Staaten liegt.

Glück gehabt!!!

Glück haben nur Einige. Sie schaffen es auf Anhieb und werden vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge anerkannt. Dazu müssen sie eine harte Tortur über sich ergehen lassen: Alle Aussagen, die für eine Anerkennung verwertet werden, müssen im Laufe der ersten Woche angegeben sein. Dokumente, die später eingereicht werden, sind bedeutungslos.

In dieser Zeit aber gelingt es kaum jemandem sich eine Anwältin zu suchen. Von den Flüchtlingen werden Angaben über ihre konkreten politischen Tätigkeiten verlangt - für Menschen, die gerade vor ständiger Verfolgung geflohen sind und immer mit der Angst leben, Zurückgebliebene mit ihren Aussagen den Verfolgern ans Messer zu liefern, eine kaum zumutbare Überwindung. Es werden konkrete Dokumente verlangt, die ihre politische Tätigkeit belegen; auf der Flucht sind diese aber immer ein tödliches Risiko.

Das alles ist kein Skandal, sondern das Ergebnis der herrschenden Asyl- und Innenpolitik der letzten 15 Jahre.

„stop deportation.class - gegen das Geschäft mit Abschiebungen“

Ausstellung des bundesweiten Netzwerks kein mensch ist illegal

Im Mai 1999 starb der sudanesische Flüchtling Mohamed Aamir Ageep an Bord einer Lufthansamaschine. Er sollte, durch BGS-Beamte begleitet, in den Sudan abgeschoben werden. Die Beamten hatten ihn gefesselt, ihm einen Motorradhelm aufgesetzt und ihn solange auf den Sitz gedrückt, bis er erstickte. Der Tod dieses Menschen war im letzten Jahr der Auslöser für das bundesweite Netzwerk kein mensch ist illegal, eine Kampagne gegen die Abschiebungen durch die Lufthansa zu starten.



Wir wollen mit unserer Kampagne durch vielfältige Aktionen und Projekte - eins davon ist diese Ausstellung - eine breite Öffentlichkeit erreichen und auf die Verantwortung der Lufthansa aufmerksam machen. Es handelt sich dabei nicht um eine Boykottkampagne. Vielmehr werden Fluggäste und Flugpersonal zur Zivilcourage und zum Handeln gegen Abschiebungen aufgerufen. Letztendlich fordern wir, daß die Lufthansa diesen Geschäftsbereich aufgibt.

Gegen Abschiebungen, die zum Teil tödlich enden, regt sich in verschiedenen europäischen Ländern Widerstand. So gibt es in Frankreich, Belgien und den Niederlanden Protestkampagnen gegen die Luftfahrtgesellschaften Air France, Sabena und KLM. In Deutschland ist die Lufthansa verstärkt in der Kritik. Anfang März 2000 stellte kein mensch ist illegal die Kampagne „Deportation Class- gegen das Geschäft mit Abschiebungen“ vor und trat mit Protesten auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin, auf den Flughäfen Hamburg, Hannover und München sowie beim Ausbildungszentrum der Lufthansa bei Frankfurt an die Öffentlichkeit. Kein MENSCH IST ILLEGAL will mit vielfältigen Aktionen bei Lufthansaagenturen, Konzernniederlassungen und auf Flughäfen präsent sein und





Fluggäste sowie Flugpersonal zur Zivilcourage aufrufen. Ziel der Kampagne ist es, den Konzern zur endgültigen Aufgabe des Geschäfts mit Abschiebungen zu bewegen.

Zur Entstehung der Ausstellung

Auf der Suche nach einem Plakat zur Kampagne wurden Künstlerinnen und Künstler zu einem Plakatwettbewerb aufgerufen. Es wurden fast 30 Plakate eingesandt, von denen eine Jury aus KünstlerInnen und Menschen des Netzwerks kein mensch ist illegal im Februar 2000 das beste Plakat auswählte.

Diese Plakate, von KünstlerInnen aus verschiedenen Städten und grafisch sehr unterschiedlich gestaltetet, bilden den Hauptteil der Ausstellung. Sie betonen inhaltlich verschiedenste Facetten der Abschiebung - wird einmal mehr das Geschäft mit der Abschiebung betont, steht ein anderes mal die Gefahr, die im Heimatland droht, im Mittelpunkt, so daß ein sehr eindrückliches Bild von Abschiebungen entsteht. Neben den Plakaten bieten 5 Stelltafeln inhaltliche Hintergründe zum Thema Abschiebung. Hier gibt es auch Informationen für die Besucher und Besucherinnen der Ausstellung, wie sie sich im Falle einer Abschiebung am Flughafen und im Flugzeug verhalten können.

Die Ausstellung umfasst 11 Tafeln, davon 9 in A1 und 2 in A0. Darin enthalten sind 5 Texttafeln. Das Ausstellungssystem ist so konzipiert, daß die Plakate in Trägerrahmen sind. Diese Trägerrahmen sind miteinander verbunden. Sie stehen im Raum und müssen von beiden Seiten begehbar sein. Durch direkte Sonneneinwirkung verlieren die Drucke ihre Farbe, deshalb darf die Ausstellung nur in geschlossenen Räumen gezeigt werden. Die Leihgebühr beträgt mindestens 250.-DM. Anfragen per e-mail: kmii-koeln@gmx.net

---

25. November - Internationaler Frauenaktionstag gegen Gewalt gegen Frauen



Der 25. November ist leider auch in linken Zusammenhängen wenig als Aktionstag gegen Gewalt gegen Frauen bekannt. Dieser Tag begründet sich auf der Vergewaltigung und Ermordung von drei Frauen in der Dominikanischen Republik. Sie wurden 1960 unter der Diktatur von Trujillo von Militärs verschleppt, vergewaltigt und getötet, als sie politische Gefangene besuchen wollten. 1982 erklärten zuerst lateinamerikanische Frauen diesen Tag zum internationalen Kampftag gegen Gewalt gegen Frauen. Seither treten jedes Jahr terre des femmes und andere Frauengruppen mit Aktionen und ERklärungen an die Öffentlichkeit.
Für Aktionen auf der Straße, falls ihr nicht zur Demo nach Neuss kommt, könnt Ihr Flugblätter bei uns bestellen. Aufmerksamkeit könnt Ihr z.B. durch ein Holzkreuz, einem Schild „Er schlug sie 120mal, Blumen bekam sie nur einmal“ und einem Blumenstrauß erregen. Oder ihr nehmt ein Bett und legt eine demolierte Frauenpuppe rein. Vielleicht haben ja auch schon mal das Frauenhaus, der Notruf oder Terre des Femmes bei Euch vor Ort/in der Region eine Aktion gegen Gewalt gegen Frauen gemacht. Die Kontaktaufnahme zum Notruf oder Frauenhaus sollte eine Frau übernehmen, da diese Institutionen oft unangenehme „Herrenanrufe“ bekommen. Die Adressen von möglichen Bündnispartnerinnen haben wir auch in der JD/JL-Landesgeschäftsstelle, ruft einfach mal an.

Weitere Infos bietet auch die Bundesgeschäftstelle von

Terre de Femmes
Postfach 2565
72015 Tübingen
Tel.: 07071/24289
Fax: 07071/550352





Kampf dem rassistischen und sexistischen Normalzustand!

Demo gegen den Frauen-Abschiebeknast in Neuss am 25. November - Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen - Treffpunkt Neuss Hbf um 12 Uhr

(Aufrufentwurf - Stand 20.9.01)

In Neuss befindet sich seit 1993 der bundesweit einzige Frauenabschiebeknast. Eingeführt wurde er unter der SPD-Landesregierung, die in Sachen Abschiebung und Abschiebeknast auch Vorbild für andere Bundesländer war.

In dem Knast in Neuss sind momentan zwischen 70 bis 80 Frauen (darunter auch schwangere und minderjährige) unter schlechtesten Bedingungen inhaftiert: Die 9 qm kleinen Einzelzellen sind doppelt belegt. Es gibt nur kaltes Wasser und die Toiletten sind ebenfalls in den Zellen. Die medizinische Versorgung ist unzulänglich und wird nur durch einen männlichen Sanitäter erbracht. Die Frauen haben keinen freien Zugang zu Telefon und die Besuchszeiten sind stark eingeschränkt. Meist ohne Informationen über ihr Verfahren und ihre Rechte ist für sie die Dauer der Haft (die meist über sechs Monaten liegt) nicht absehbar.

Welches “Verbrechen” haben die Frauen begangen, dass sie verhaftet wurden? Sie sind auf der Flucht vor Krieg, ökonomischen Krisen oder geschlechtsspezifischer Diskriminierung in Deutschland ohne die vorgeschriebenen Papiere eingereist. Auch allein der Verdacht (!), sich einer Abschiebung eventuell widersetzen zu wollen, kann sie ins Gefängnis gebracht haben.

Der Frauenabschiebeknast ist nicht nur Symbol einer rassistischen Flüchtlingspolitik, die wohl in Zukunft nur noch so genannten Wirtschaftsimmigranten, d.h. gut ausgebildeten, arbeitstauglichen Menschen die Einreise in die europäische Festung gestattet. Der Knast ist gerade auch Symbol einer Flüchtlingspolitik, die die Augen vor patriarchalen Unterdrückungsverhältnissen verschließt.

Denn die BRD erkennt (im Gegensatz zu Ländern wie z. B. den USA) geschlechtsspezifische Fluchtgründe immer noch nicht an. Dabei sind es gerade Frauen, die vor allem in Krisensituationen besonders unter Armut leiden: Frauen leisten zwar weltweit 2/3 der ausgeführten Arbeit, erhalten aber nur 10% des Welteinkommens und besitzen nur 1% des Weltvermögens. Außerdem arbeiten sie meist in ungesicherten Arbeitsverhältnissen. Dazu kommen andere geschlechtsspezifischen Diskriminierungen wie z.B. Zwangsheirat und Genitalverstümmelung.

Darum rufen wir dazu auf, gegen die rassistischen und sexistischen Gewaltverhältnisse in Gesellschaft und Staat zu demonstrieren. Laut, entschieden und phantasievoll!

Weg mit dem Frauenabschiebeknast in Neuss!

Anerkennung geschlechtsspezifischer Fluchtursachen!

Kampf dem rassistischen und sexistischen Normalzustand!

Gegen eine abgeschottete Festung Europa!

Der Rassismus in Deutschland erhält neuen Schwung

Die Ereignisse in den USA haben viele Menschen auf der ganzen Welt erschüttert. Diese Erschütterung führte unmittelbar zu den Fragen: Was sind das für Menschen, die so etwas tun? Warum tut jemand so etwas? Und vor allem: wer? Es soll an dieser Stelle nicht darüber spekuliert werden, wer hinter den furchtbaren Anschlägen steckt - nur ein ordentliches Gericht kann über Schuld oder Unschuld entscheiden. Wir stellen jedoch fest, dass in der Öffentlichkeit in den vergangenen Tagen unterschiedslos AusländerInnen und insbesondere AnhängerInnen des islamischen Glaubens als potenzielle Terroristen gezählt oder zu den SymphatisantInnen gerechnet werden. Überall werden nun „Zellen“ und „sleeper“, also Agenten, die über lange Zeit nichts tun bis sie aktiviert werden, vermutet.

Die rot-grüne Bundesregierung und die CDU/CSU liefern sich einen Wettstreit um die härtesten Abwehrmaßnahmen gegen Asylsuchende oder EinwandererInnen. Bayerns Innenminister Günther Beckstein äußerte keine 60 Stunden nach der Tat, „man müsse alles tun, um zu verhindern, dass ausländische Extremisten deutsche Staatsbürger würden und die Bundesrepublik zum Ausgangsort ihrer Aktivitäten machen könnten“. Bundesinnenminister Schily ergänzte durch den Vorschlag, Daten aus dem Ausländerzentralregister mit anderen Daten abzugleichen und die Regelanfrage beim Verfassungsschutz für alle EinwanderInnen obligatorisch werden zu lassen. Mit anderen Worten: Eine gesamte Bevölkerungsgruppe wird kollektiv verdächtigt. BürgerInnenrechte wie der Datenschutz sollen künftig für sie nicht mehr gelten.

Die migrationspolitische Debatte verschiebt sich damit von der Thematisierung der Einwanderung wieder hin zur Abschottung gegenüber Flüchtlingen und der Verschärfung des Ausländerrechts. Das ist jedoch die Form der Auseinandersetzung mit Migration und Einwanderung, wie sie in den 90er Jahren bestimmend war und insbesondere vom hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft vor zwei Jahren geführt wurde. Sie fällt auch auf bereits bestellten Boden.

Die negative Thematisierung der Migration hat Methode

Die negative öffentliche Thematisierung von Einwanderung und Integration in ihrer Zuspitzung auf „Ausländerkriminalität“ war in der Bundesrepublik nicht erst seit 1991/92, seitdem jedoch besonders intensiv, gängiges Repertoire der Medienlandschaft. Das Böse, welches Gemeinwesen und Staat bedroht, wurde und wird hundertfach beschworen. Rassistische und autoritäre Diskurse haben insbesondere in Wahlkampfzeiten Hochkonjunktur. Bestes Beispiel dafür ist der Hamburger Wahlkampf in diesem Jahr und die Partei des als „Richter Gnadenlos“ bekannten Juristen Schill.

Hintergrund für diese Form der Thematisierung sind Steuerungsprobleme des Staates. In Zeiten, in denen durch mehr als vier Millionen dauerhaft Erwerbslose überdeutlich wird, dass keine Partei eine einfache Lösung zur Schaffung von Erwerbsarbeit hat, sondern Regierungen jeder politischen Färbung neoliberale Standortpolitik betreiben, nimmt das Vertrauen in die Politik ab. Wenn Parteien aber gewählt und Landesregierungen weiter regieren wollen, müssen sie dieses Vertrauen zurückgewinnen. Wenn eine sozial gerechte Verteilungspolitik von oben nach unten finanziell nicht möglich erscheint oder politisch überhaupt nicht gewünscht ist, muss die Integration breiter Bevölkerungsmehrheiten durch neue Debatten, in denen sich herrschende Politik als Problemlöser erweisen kann, realisiert werden. Mediale Kampagnen, die sich der Bekämpfung von „Kriminalität“ und der Steuerung der Migration verschrieben haben, gewinnen dadurch einen hohen Stellenwert.

Die Mobilisierung von Rassismus und Nationalismus in diesem Kontext verfügte, wie sich in den vergangenen Jahren gezeigt hat, über den Vorteil, durch langjährige Bearbeitung breite Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung zu finden und von sozialen Problemen abzulenken.

Insbesondere mit dem Instrument der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), die seit 1971 nach Staatsangehörigkeiten aufgeschlüsselt ist und seit 1983 Asylbewerber gesondert aufweist, wurde die Debatte mit den scheinbar „neutralen Zahlen“ immer wieder neu angeschoben. Trotz zahlreicher Bemühungen von antirassistischen Initiativen und Bürgerrechtsgruppen, Entstehung und politische Lesart der PKS zu kritisieren, war 1993 „Ausländerkriminalität“ für 57 Prozent der Westdeutschen und 53 Prozent der Ostdeutschen eines der drängendsten gesellschaftlichen Probleme. Sämtliche Formen des Phantoms „organisierte Kriminalität“ wurden in den folgenden politischen

Auseinandersetzungen mit rassistischen Stereotypen unterfüttert. Kriminalität wurde ethnisiert und bestimmte Delikte speziellen ethnischen Gruppen zugeordnet. Die Meldungen in Tageszeitungen über bestimmte Verbrechen begannen die Nationalität des Täters zu erwähnen, und auch Kriminalserien griffen auf das „gängige Täterprofil“ zurück. Dass die Kriminalitätszahlen immer mehr abnahmen, wurde dabei völlig unbeachtet gelassen.

Linke und liberale Innenpolitiker kapitulierten vielfach vor diesem Meinungsbild und unterstützten Gesetzesverschärfungen. Unter dem Motto „Die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung ernst nehmen“ wurden kritische Positionen zugunsten eigener Präventionskonzepte aufgegeben.



Die Projektion des „Bösen“ und ihre Folgen

Seit den Anschlägen vom 11. September in New York und Washington scheinen sich alle Befürchtungen und Polemiken der sogenannten Ausländerkriminalität zu bestätigen. In einer kollektiven Projektion stehen alle Menschen, die aus arabischen Staaten kommen oder einer moslemischen Glaubensrichtung angehören, unter Generalverdacht. Die Wirkung auf die Bevölkerung bleibt nicht aus. In einem Internet-Diskussionsforum der CDU wurde in der vergangenen Woche gefragt: „Wie viele Menschen müssen noch sterben, bis Leute [...] begreifen, dass ihre propagierte Zuwanderungspolitik die Demokratie in Deutschland zerstören wird. (...) Im Endeffekt wird Deutschland jetzt schon als Rückzugsland für algerische und andere Islamisten missbraucht“.

In den vergangenen Tagen haben in den USA und in Europa Übergriffe gegenüber MigrantInnen und islamische Einrichtungen sprunghaft zugenommen. Eine Aufklärung über die Situation in den islamischen Staaten, die spezifischen Probleme im Nahen und Mittleren Osten, die dortige Kultur und die mehrheitliche Ablehnung der Attentate vom 11. September 2001 findet hingegen nicht mehr statt. Statt dessen haben sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen offenbar darauf verständigt, jegliche Debatte über das Zuwanderungsgesetz aufgrund der aktuellen migrationsfeindlichen Stimmung zu beenden. Das geplante Zuwanderungsgesetz war wahrlich nicht sonderlich fortschrittlich, es bedeutete in wichtigen Bereichen der Asyl- und Flüchtlingspolitik einen Rückschritt. Doch nun wird der Versuch, in Deutschland überhaupt einmal wieder rational über Einwanderung zu diskutieren, auch noch aufgegeben.



Die Debatte völlig anders führen – Armut und Fluchtursachen benennen!

Unserer Auffassung nach ist es notwendig, die aktuelle Debatte als ausländerfeindlich zu benennen und mit vollkommen anderen Positionen zu intervenieren. Wir halten es für entscheidend, die Ursachen für religiösen Fanatismus zu benennen. In der Regel findet der islamische Fundamentalismus in der Umgebung großen sozialen Elends die meisten AnhängerInnen. In autoritären Regimen, wie z.B. Algerien, stellen entsprechende fundamentalistische Gruppen den einzigen Ort von Opposition dar, die radikale Umwälzung und Kampf gegen Armut verspricht. Alternativen zu bieten hieße, den Kampf um Demokratie und Freiheit in diesen autoritären Regimen zu unterstützen. Dies muss jedoch vor allem durch die Bekämpfung der Ursachen von Hunger, Elend und kriegerischen Auseinandersetzungen geschehen.

Dies führt im zweiten Schritt dazu, die bisherige Form der Entwicklungspolitik umfassend in Frage zu stellen. Die reichen Industriestaaten weigern sich seit Jahren beharrlich, die Ausgaben für die Entwicklungshilfe auf das notwendige Maß zu erhöhen, also zu vervielfachen. Sie haben bislang alle wirksamen Schritte zur Entschuldung der armen Entwicklungsländer vermieden und treiben diese damit in den ökonomischen Ruin. Nicht zuletzt verhindern die reichen Staaten durch die wirtschaftliche Abschottung ihrer Märkte gegenüber den Entwicklungsländern eine ökonomische Perspektive in diesen Regionen. Die Folge sind Hunger, Armut und Flucht in Extremismus und Fundamentalismus.

Es überrascht nicht, dass in der aktuellen Debatte die historischen Hintergründe terroristischer Gruppen und militärischer Konflikte weitgehend ausgeblendet bleiben. Es ist jedoch notwendig darauf hinzuweisen, dass islamische Bewegungen, so auch die Gruppe von Osima bin Laden, durch die Unterstützung des Westens im Kalten Krieg finanziert wurden. Sowohl die USA als auch die Sowjetunion lieferten sich während des Kalten Krieges in der sogenannten Dritten Welt jahrzehntelange Stellvertreterkriege. Für die betreffenden Länder bedeutete diese Rolle als Spielball in einem Machtkampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus wirtschaftlicher Rückstand, Unterernährung, Analphabetismus, Millionen Flüchtlinge, Kindersoldaten, Landminen und autoritäre Regime.

Gegenüber den Folgen dieser Entwicklung schotten sich die Industriestaaten der „Freien Welt“ jedoch wiederum ab. Durch das Abkommen von Schengen ist die Europäische Union hermetisch gegen Flüchtlinge abgeriegelt. In der Bundesrepublik wurde 1993 das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft. Die Grenze gegenüber Polen und Tschechien wird mit einem Aufwand bewacht, der an die Zeiten der innerdeutschen Grenze erinnert. Hier lebende Flüchtlinge werden diskriminiert, viele in die Illegalität gezwungen.

In dieser Situation sagen wir JungdemokratInnen/ Junge Linke NEIN.

Wir plädieren für Offene Grenzen und für Einwanderung statt Abschottungsregelungen.

Wir sagen: Kein Mensch ist illegal!

Wir fordern alle auf, sich gegen die Verschärfung des Ausländerrechts und für die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl auszusprechen!

Mach meine FluchthelferIn nicht an!

Wie aus Fluchthilfe „organisierter Menschenschmuggel“ gemacht wird

Tatbestand „Menschenschmuggel“. Die zunehmende Abschottung und Aufrüstung der europäischen Außengrenzen gegen Flüchtlinge und MigrantInnen hat auch ihr entsprechendes Feindbild Nr.1 hervorgebracht. Wenn die Einreise von unerwünschten Menschen nach Europa zum mit allen Mitteln zu verhindernden Vorhaben wird und Menschen, denen die Überschreitung der Grenze dennoch gelingt, zu „Illegalen“ werden, verändert sich auch die Bewertung von FluchthelferInnen. Zum neuen Staatfeind Nr.1 wird, wer MigrantInnen, denen im engmaschigen Netz der Abschottungsmaßnahmen keine Möglichkeit der legalen Einreise mehr bleibt, falsche Papiere besorgt, Fluchtwege über die „grüne Grenze“ verrät oder sie sogar mit entsprechenden Transportmitteln über die Grenze bringt, vorbei an Stacheldrahtzäunen und verdachtsunabhängigen Kontrollen des Bundesgrenzschutz. Von „Menschenschmuggel“, der Teil der (phantomartigen) organisierten Kriminalität sei, ist die Rede.

Ein medialer und politischer Feldzug wird gegen FluchthelferInnen geführt, der sie zu „Schlepperbanden“ und „Schleuserringen“ umdeutet. Als Schwerstverbrechen „Menschenschmuggel“ wird die Fluchthilfe für verfolgte Menschen nun geahndet. Politik, Medien und nicht zu letzt erfolgreiche „Aufklärungskampagnen“ des BGS in Grenznähe warnen vor kriminellen, organisierten Banden. Diese bedrohten dem öffentlichen Bilde zufolge nicht nur die Sicherheit der BürgerInnen (mindestens ebenso wie die illegalen EinwanderInnen selbst), sondern rauben den betroffenen Flüchtlingen auch noch das letzte Hab und Gut, bedrohen sie durch ihre kriminellen Machenschaften an Leib und Leben. Die Bekämpfung dieser neuen „organisierten Kriminalität“ wird zum Hauptziel der europäischen Flüchtlingspolitik erklärt und als humanitäre Maßnahme zum Flüchtlingsschutz begründet. Gerade in Bekämpfung von FluchthelferInnen zeigt sich jedoch die Heuchelei der europäischen Flüchtlings(abwehr)politik: Erst werden die Grenzen für Schutz und Aufnahme suchende Menschen geschlossen und Flüchtlinge durch ein ausgeklügeltes und aufgerüstetes Grenzregime dazu gezwungen, die heimliche Grenzüberquerung als ihre letzte Chance zu sehen. Im gleichen Atemzug setzt dann die heuchlerische „Sorge“ um das Wohlergehen der Flüchtlinge ein, die vor „Schlepperbanden“ geschützt werden müssen. Diejenigen, die für tausende Menschen notgedrungen die einzige Chance sind, ins als Festung ausgebaute Europa zu gelangen, als kriminelle Bedrohung abzustempeln und ihre Verfolgung zum humanitären Akt des Flüchtlingsschutzes zu stilisieren, ist ein Meisterstück der Heuchelei. Die Folgen dieser Politik sind mehrere 100 tote Flüchtlinge in den letzten Jahren, die bei dem Versuch der illegalen Grenzüberquerung an EU-Grenzen z.B. in der Oder ertrunken sind oder bei der Verfolgung durch BGS-Patrouillen „verunglückten“. Diese Toten werden im rassistischen Diskurs den Machenschaften von „Schleuserbanden“ angerechnet, die die Flüchtlinge über die Grenze bringen wollten. Verschwiegen wird aber, was die Ursache dafür ist, dass Einreisewillige auf FluchthelferInnen angewiesen sind und wer eigentlich verantwortlich ist, wenn vollbeladene Fahrzeuge mit MigrantInnen verunglücken: Eine zynische und rassistische Abschottungspolitik der EU-Staaten.

Das von Politik und Medien gezeichnete Bild von FluchthelferInnen („Menschenschmugglern“) ist durch und durch von rassistischen Stereotypen geprägt: Osteuropäische, mafia-ähnliche Banden bestimmten das „Geschäft“, Raffgier und Skrupellosigkeit seien die bestimmenden Merkmale der SchlepperInnen. Die Kriminalisierung der Fluchthilfe bedient den Diskurs um den „kriminellen Ausländer“ und das „bedrohliche Fremde“ gleich in zweifacher Hinsicht: Auf der einen Seite die „Illegalen“ und Unerwünschten, die alleine durch ihre Existenz eine fremde Bedrohung darstellen, auf der anderen Seite die ausländischen „Schlepperbanden“, die als „organisierte Kriminalität“ identifiziert, eine Gefahr sowohl für Recht und Ordnung, als auch für MigrantInnen selbst darstellen. Dass in Zeiten einer perfektionierten Abschottung der Festung Europa, die ständig um neue Steine ergänzt wird, auch Fluchthilfe immer professionelleren Anforderungen genügen muss, spielt im rassistischen Diskurs keine Rolle. Es geht schließlich nicht um eine Verbesserung der Situation von Flüchtlingen, sondern um den Aufbau von Feindbildern, die den Ausbau der Abschottungspolitik rechtfertigen.

Fluchthilfe stellt für viele MigrantInnen eine häufig überlebenswichtige Notwendigkeit dar. Dass diese natürlich nicht immer nur karitativen Motiven erwächst, sondern manchmal auch knallharte Geschäftsinteressen verfolgt, dürfte in kapitalistisch verfassten Staaten niemand verwundern. Solange die europäischen Grenzen für viele Menschen eine beinahe unüberwindliche Mauer darstellen, wird es Fluchthilfe geben, als notwendige Dienstleistung, die tausende hoffende Menschen als Weg ins Schengenland nutzen – eine riskante und manchmal lebensbedrohliche Dienstleistung. Die wirklichen SchlepperInnen sind die RückschlepperInnen, die tausende Menschen mit Gewalt in Krieg, Armut und Verfolgung abschieben.



Was sonst noch so alles während der Antirassismus-Kampagne läuft:

Wir haben eine Menge an Material, Aktionen und Veranstaltungen vorbereitet. Nutzt die Angebote und werdet selbst aktiv.

8.12.: Besuch der Ausstellung wegZiehen

Die Ausstellung „wegZiehen“ im Frauenmuseum Bonn behandelt das Thema „Frauen und Flucht“ unter politischen und künstlerischen Aspekten. Wir wollen uns die Ausstellung am 8. Dezember gemeinsam anschauen und darüber diskutieren. Infos zur Ausstellung und zur Besichtigung gibt's in der Landesgeschäftsstelle der JD/JL NRW (info@jungdemokratinnen.de)

Reader zur Kampagne

Materialsammlung mit Hintergrundinfos u.a. zu Festung Europa, Abschiebehaft und Residenzpflicht, Aktionsideen und Musterpresseerklärungen.
Der Reader erscheint voraussichtlich Ende Oktober. Schaut auf unserer Website www.jungdemokratinnen.de nach.

Videos zum Ausleihen

Für Veranstaltungen bei Euch in der Schule, der Uni, im Jugendzentrum oder sonstwo haben wir Videos, die wir Euch ausleihen können. Wenn Ihr wollt, kommt ein/e ReferentIn gleich mit.

„Stop deportation – Flüchtlinge ergreifen das Wort“
„Out of control“ (Video zum Abschiebeknast in Büren)
„No Border – No Nation“ (Video zum antirassistischen Grenzcamp 2001 in Frankfurt)

Infoveranstaltungen

Wir kommen nicht nur mit Filmen zu Euch. Zu den Themen der Kampagne gibt es ReferentInnen, die gern zu Euch kommen. Das kostet Euch nichts! Meldet Euch einfach in unserer Landesgeschäftsstelle, dann können wir alles Organisatorische absprechen. Da wir zur Zeit nach Bochum umziehen, solltet Ihr Email (info@jungdemokratinnen.de) oder die Post nutzen. Wir rufen dann an.
Diese Themen haben wir u.a. im Angebot:

- Offene Grenzen für alle!
- Residenzpflicht
- Soziale Situation von MigrantInnen (Asylbewerberleistungsgesetz etc.)
- Abschiebung bedeutet Folter und Mord! (Abschiebung + Abschiebehaft)
- Kein Mensch ist illegal! Zur Situation von illegalisierten MigrantInnen

Links

Die folgenden Links können Euch helfen, wenn Ihr selbst weitergehende Infos sucht.

Pro Asyl
http://www.proasyl.de/

Kein Mensch ist illegal
http://www.contrast.org/borders/kein/news.html

Vernetzung gegen Abschiebehaft
http://www.abschiebehaft.de/

Büren-Gruppe Paderborn
http://www.aha-bueren.de/

terre des femmes
http://www.terre-des-femmes.de/

medica mondiale
http://www.medicamondiale.org/



Aktionen

Eine gute Methode, für ein Thema Aufmerksamkeit zu erregen sind Aktionen in der Innenstadt. Wenn Ihr dazu Lust habt, dann machen wir gern mit und besorgen Euch Material. Wir kommen auch ins kleinste Dorf! Mögliche Aktionen sind zum Beispiel:

Asylrad

Das Asylrad ist ein Glücksrad, bei dem mensch als Hauptgewinn Asyl bekommen kann..Alles Wissenswerte zur Aktion steht auf Seite 4. Der Text auf der Seite ist auch der Flugblatttext.

In die Arme des Henkers

Ein stummes Zwei-Personen-Straßentheater: Eine/r stellt den seriösen Beamten dar, der die Abschiebungen verfügt. Der/die andere spielt Henker mit Strick oder Beil. Beide sind durch Schilder gekennzeichnet. Auf einem steht: „Ich schicke Flüchtlinge in ihre Heimatländer!“, auf dem anderen: „Ich empfange Flüchtlinge in der Heimat!“. Wenn dann noch jemand Flugblätter verteilt, dürfte für Aufsehen und Diskussionen gesorgt sein.



Die JungdemokratInnen/Junge Linke NRW unterstützen folgende Erklärung von Friedensorganisationen:

Brücken bauen, Gewalteskalation verhindern!

Die Welt droht nach dem 11. September 2001 kälter und kriegerischer zu werden. Mit dem Entsetzen und Mitgefühl für die Opfer und deren Angehörige verbindet sich auch die Furcht, dass die US-Administration nach dieser beispiellos brutalen Terroraktion in der Logik der Gewaltspirale zurückschlägt und neue Eskalationen folgen. Nachzudenken ist auch über die politischen Bedingungen, die es möglich gemacht haben, dass ein Teil der Menschen in einigen Völkern „den Westen“ und insbesondere die USA so hasst, dass eine Gruppe von Terroristen anscheinend meint, sich bei ihrem Massenmord auf diese Unterdrückten beziehen zu können.

Wir sind mit den Menschen in den USA in ihrem Schock und Leiden uneingeschränkt solidarisch. Das kann aber nicht heißen, mit allen möglichen Entscheidungen der US-Regierung im „monumentalen Kampf“, den „das Gute gegen das Böse“ nach Präsident Bush jetzt zu führen hat, einverstanden zu sein und sich per NATO-Bündnisfall vielleicht an militärischen Racheaktionen zu beteiligen oder sie zu unterstützen. Militärschläge nützen weder den Opfern des Terrors noch sind sie ein geeignetes Mittel zur Verhinderung oder Eindämmung des Terrorismus. Wir befürchten weiter: Mit den auf dem Verdacht gegen die Gruppe von Osama bin Laden oder andere islamische Fundamentalisten beruhenden Thesen von einer „Kriegserklärung gegen die zivilisierte Welt“ (Bundeskanzler Schröder), könnte die bereits schon länger von christlich-abendländischen Fundamentalisten proklamierte Ansicht vom „Kampf der Kulturen“ in den westlichen Gesellschaften gefährlichen Zulauf gewinnen. Die Trennung in eine „zivilisierte“ und eine „unzivilisierte Welt“ vertieft die Gräben. Es gibt keine Religion, die solche Terrorakte rechtfertigen würde. Jetzt kommt es darauf an, in unseren Gesellschaften keine Feindschaft gegen „den Islam“ generell zuzulassen sondern vielmehr Brücken zu bauen.

Gegenüber blankem Terror gibt es keinen hundertprozentigen Schutz. Eine Politik, die den Terrorismus wirksam bekämpfen und eindämmen will, muss ihm den sozialen, politischen und ideologischen Nährboden entziehen, in dem er gedeiht. Ein Klima des Hasses und der Intoleranz und eine Politik, die Gewalt mit Gegengewalt und Gegengewalt mit neuer Gewalt beantwortet, bereitet auch den Boden für neue Terrorakte. Dem Terrorismus durch zivile Maßnahmen und durch die Stärkung des Rechts und der Gerechtigkeit den Boden zu entziehen ist langfristig das bessere Mittel als der Gedanke an Rache und militärische Vergeltung. Trotz aller Wut und Trauer appellieren wir an die US-Regierung und deren Verbündete, besonnen und nicht mit militärischer Gegengewalt zu reagieren. Dies kann unser Beitrag dafür sein, dass ein weiteres Drehen an der Gewaltspirale verhindert werden kann.



...und wer sind nun die

jungdemokratInnen - junge linke?

JungdemokratInnen - Junge Linke sind ein parteiunabhängiger Jugendverband , in dem Jugendliche selbstbestimmt Politik machen. Ob in der Bildungs- oder Drogenpolitik, in der Asyl- oder Sozialpolitik, wir treten für die Selbstbestimmung aller Menschen ein. Das bedeutet für uns die radikale Demokratisierung aller Lebensbereiche, denn Familie, Schule, Wirtschaft... sind demokratiefreie Zonen.

Aber auch Themen wie Antifa, Feminismus oder Ökolgie spielen bei uns eine wichtige Rolle. Dabei wir keine Linie vorgegeben, sondern die politische Arbeit wird vor Ort in in Gruppen oder Arbeitskreisen gestaltet. So gibt es auch keine feste Ausrichtung, sondern wir bewegen uns in einem weiten Spektrum von grünalternativen über sozialistischen bis hin zu autonomen oder anarchistischen Kreisen.

Wir streiten uns leidenschaftliche gerne mit anderen und uns selbst um das bessere Argument und geben zu diesem Zweck nicht nur diese Zeitschrift heraus,sondern bieten auch Seminare und Materialien zu spannenden Themen an und machen viele Aktionen und Veranstaltungen direkt vor Ort!

infoschnipsel



- @ Schickt mir mal gratis ein Paket mit Euren Infos!
- @ Schickt mir regelmäßig gratis eure Zeitungen "Schlagloch" und "Tendenz" zu!
- @ Nehmt mich in Euren eMail-Verteiler auf!
- @ Schluß mit Lustig: Ich will aktiv werden!
- @ Bei der Kampagne mach ich mit und will gemeinsam mit Euch 'ne Aktion starten. Ruft mich an!
- @ Bei der Kampagne mach ich mit und brauche _____ Plakate zum Thema (20Pfg pro Stück)
- @ Ich bestelle _______ Flugblätter „Rechtlos ohne Papiere“ (5 Pfg pro Stück)
- @ Ich bestelle _______ Flugblätter „Wegsperren und Aushungern“ (5 Pfg pro Stück)
- @ Ich bestelle _______ Flugblätter „Flüchtlinge hier geblieben“ (5 Pfg pro Stück)
- @ Ich bestelle _______ Flugblätter „Weg mit der Abschiebehaft“ (5 Pfg pro Stück)
- @ Ich bestelle _______ Flugblätter „Festung Europa“ (5 Pfg pro Stück)
- @ Sagt mir mal, wo's die nächste funky Gruppe von Euch in meiner Nähe gibt!
- @ Keine halben Sachen mehr: Ich will Mitglied der JD/JL werden!

name:

straße:

wohnort:

tel/fax/email:

alter/beruf:

ausfüllen, abkauen und ab die Post an:
jungdemokratInnen-junge linke nrw, herner str. 79, 44791 bochum

www.schlagloch.de

SCHLAGLOCH wird herausgegeben vom Landesvorstand der JungdemokratInnen/Junge Linke NRW
Redaktion: Flo Becker, Johannes Bock, Dirk Burczyk, Kristina Holzapfel, Batu Kerti, Carola Pohlen, Knud Vöcking (V.i.S.d.P.)
Layout: Knud Vöcking (auf Basis der Ideen von Carola Pohlen und Dirk Burczyk)
Kontakt: Schlagloch c/o JungdemokratInnen/Junge Linke NRW, Herner Str. 79, 44791 Bochum
e-mail: info@jungdemokratinnen.de, Internet: www.schlagloch.de
Auflage: 10.000 Stück. Es gilt die Anzeigenpreisliste 1/98
Namentlich gekennzeichnete Artikel stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.
Schlagloch kostet im Abonnement 6 DM für vier Ausgaben (Hey super billig!).
Für Mitglieder der jd-jl ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.